

Europapolitik für den Mittelstand

POSITIONSPAPIER ZUM LIBERALEN MITTELSTANDSDIALOG



Europapolitik für den Mittelstand

POSITIONSPAPIER ZUM LIBERALEN MITTELSTANDSDIALOG

GRUPPE DER FDP IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT
STAND JANUAR 2011

ALLE RECHTE VORBEHALTEN.

JEDE NUTZUNG UND VERWERTUNG IST NUR NACH UNTERRICHTUNG UND MIT ZUSTIMMUNG DES HERAUSGEBERS ERLAUBT. DIESE PUBLIKATION IST EINE INFORMATION DER ALDE-FRAKTION IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT UND DARF NICHT FÜR WAHLWERBUNG VERWENDET WERDEN.

Inhalt

Intro

Die 12 Abgeordneten der FDP im Europäischen Parlament	6
Für den Mittelstand in Deutschland und Europa	6
Die zehn Grundsätze des Small Business Act für Europa	8

Small Business Act – Grundsatz I 8

Industriepolitik im Zeitalter der Globalisierung	8
Haushaltskontrolle	9
Rohstoffversorgung	9
Industrieemissionen	9
Emissionen von leichten Nutzfahrzeugen	10
Fischerei: Stärkung der heimischen Aquakulturbetriebe	10
Förderung des Zugangs Jugendlicher zum Arbeitsmarkt	11
Mutterschutzrichtlinie	11
Lenk- und Ruhezeiten für Handwerker	11
Passagierrechte in der Schifffahrt und im Busverkehr	12
Datenschutz	12

Small Business Act – Grundsätze III, IV 13

Lebensmittelkennzeichnung	13
Vereinfachung der Gemeinsamen Agrarpolitik	13
Regionale Wirtschaftspolitik	14
Sitzlandbesteuerung	14
Vereinfachte Formalitäten	14
Europäische Privatgesellschaft	15
Internationale Rechnungslegungsstandards IFRS	15
Jahresabschlüsse	15
Rechnungsstellungsvorschriften	16
REACH	16

Small Business Act – Grundsätze V, VII, VIII 17

Europäisches Unternehmensnetzwerk	17
Freizügigkeit für junge Unternehmer	17
Öffentliches Auftragswesen	18
Geistiges Eigentum und EU-Patent	18
Liberalisierung des Ersatzteilmarktes	18
Harmonisierung der Verbraucherrechte	19
Dienstleistungsrichtlinie	19
Roaming-Gebühren	19
Stärkung der Automobilbranche	20

Small Business Act – Grundsatz VI 20

Basel II und III	20
Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr	21
Pilotprojekt zur rascheren Beitreibung ausstehender Forderungen	21

Small Business Act – Grundsatz VIII 22

Innovationsfreundliche Haushaltspolitik	22
Europäischen Forschungsrahmenprogramme	22
Internet der Dinge	23

Small Business Act – Grundsatz X 23

EU-Freihandelsabkommen mit Südkorea	23
-------------------------------------	----

Zukünftige Aufgaben für die Mittelstandspolitik der FDP im EP 24

Auswahl laufender und geplanter Initiativen der EU mit Bedeutung für den Mittelstand	24
Nächste Schritte im Rahmen des Liberalen Mittelstandsdialogs	25

Übersicht der Maßnahmen der FDP im EP 26



Für den Mittelstand in Europa und Deutschland

Die FDP im Europäischen Parlament setzt sich besonders für die kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) in Europa und Deutschland ein. Für den Mittelstand bietet der Wettbewerb auf dem europäischen Binnenmarkt und weltweit die größten Chancen, gleichzeitig ist es für kleine und mittelständische Unternehmen am schwersten, in den grenzüberschreitenden Markt einzutreten. Wenn europäische Politik dieses Problem lösen kann, profitieren alle Bürger. Denn so behält der Wohlstand in Europa sein stabiles Fundament.

DIE 12 ABGEORDNETEN DER FDP IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT: BRITTA REIMERS, MICHAEL THEURER, DR. WOLF KLINZ, GESINE MEIGNER, DR. SILVANA KOCH-MEHRIN, DR. JORGO CHATZIMARKAKIS, ALEXANDRA THEIN, NADJA HIRSCH, HOLGER KRAHMER, ALEXANDER GRAF LAMBSDORFF, JÜRGEN CREUTZMANN, ALEXANDER ALVARO | VON LINKS NACH RECHTS

Die Europäische Kommission rechnet über 99 Prozent aller Unternehmen in die Gruppe der kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) und zählt über 65 Millionen Arbeitsplätze in diesem Bereich. Das entspricht zwei Dritteln der privatwirtschaftlichen Arbeitsplätze. Über die Hälfte der Wertschöpfung aller europäischen Unternehmen entfällt auf den Bereich KMU.

Forschung, Entwicklung und Innovation sind die Stärke dieser Unternehmen. Nicht zuletzt deshalb sind viele kleine und mittelständische Unternehmen aus Deutschland Weltmarktführer oder gehören zur Spitzenklasse in ihrem Bereich. Viele dieser Unternehmen sind exportorientiert und daher auf die Freiheiten eines funktionierenden europäischen Binnenmarkts und faire Handelsbedingungen weltweit angewiesen. Steuerlast und ineffektive, widersprüchliche oder schlicht zu viele Gesetze und die damit verbundene Bürokratie nehmen kleineren Unternehmen die Luft zum Atmen. Der Mittelstand bleibt stark, wenn sich Unternehmer auf Innovationen und hochwertige Produkte konzentrieren – nicht, wenn sie ihre Zeit mit Formularen verschwenden müssen.

Mittelständische Unternehmen sind schlank organisiert, für Rechtsabteilungen fehlen oft die Ressourcen; deshalb ist klar, dass sie auf externe Hilfe und Beratung angewiesen sind, um sich mit den Gesetzen anderer Staaten oder auch nur der fremden Sprache und Kultur auseinanderzusetzen. Fördermittel gibt es mehr als abgerufen werden – weil die Anträge zu kompliziert sind. Das sind Aufgaben, zu deren Lösung die Gesetzgeber einen Beitrag leisten können, oder wenigstens versuchen müssen, die Lage nicht noch komplizierter zu machen. Natürlich gehört auch das Thema Steuer- und Abgabenlast in diese Aufzählung, aber dafür sind die Mitgliedsstaaten zuständig; in dieser Broschüre geht es um die Politik auf Ebene der Europäischen Union.

Der Small Business Act der Europäischen Kommission ist ein wichtiger Schritt, Mittelstandspolitik stärker auf europäischer Ebene zu verankern. Die Initiative wurde im Jahr 2008 von der Kommission angenommen und erhielt vom Europäischen Parlament volle Unterstützung für seine Ziele 'Vorfahrt für KMU' und spürbaren Bürokratieabbau. Die EU bekennt sich mit den zehn Grundsätzen des Small Business Act zu dem Ziel, die europäische Wirtschaft wettbewerbsfähig, zukunftsorientiert und dynamisch zu gestalten sowie ein Umfeld entstehen zu lassen, in dem Arbeitsplätze geschaffen werden. Ein derartiges Bekenntnis ist ein erster Schritt; die echte Herausforderung besteht aber darin, diese Forderungen tatsächlich umzusetzen.

Deshalb treiben die deutschen Liberalen mit großem Einsatz die Umsetzung des Small Business Act für Europa in der europäischen Gesetzgebung voran. Und wenn es möglich ist, gehen wir auch darüber hinaus. Diese Broschüre legt nach Themen geordnet die wichtigsten Maßnahmen und Initiativen zur Vereinfachung des Unternehmensumfelds und zum Bürokratieabbau der 6. und 7. Legislaturperiode (2004–2009 und 2009–2014) dar, welche die FDP konkret im Sinne des Mittelstands bearbeitet oder verbessert hat. Bei jedem Thema werden die jeweilige Problemlage für den Mittelstand und der entsprechende Lösungsansatz der FDP im Europäischen Parlament prägnant illustriert. Einige der vorgestellten Maßnahmen müssen erst noch umgesetzt werden, zum Beispiel die Richtlinien zu Designschutz, Bekämpfung von Zahlungsverzug oder Rechnungslegungsstandards. Ob sich diese Regelungen bewähren, muss die Praxis zeigen. Mit Blick auf die Zukunft findet der Leser am Ende der Broschüre eine Auswahl geplanter EU-Initiativen, die für den Mittelstand von Relevanz sind.

Gleichzeitig dient diese Broschüre als Grundlage für den 'Liberalen Mittelstandsdialog', den die FDP im EP im Frühjahr 2011 mit Vertretern des Mittelstands in Deutschland führen wird. Die liberalen Europaabgeordneten möchten während dieser Veranstaltungsreihe in verschiedenen deutschen Städten aus erster Hand erfahren, wie bisherige Maßnahmen in der Praxis aufgenommen werden und wo noch weiterer Handlungsbedarf besteht. Die Ergebnisse des Dialogs sollen schließlich in einer Resolution für den Mittelstand zusammengefasst werden, an der sich die zukünftige Mittelstandspolitik der FDP im EP orientieren wird.

DIE ZEHN GRUNDSÄTZE DES SMALL BUSINESS ACT FÜR EUROPA

- I** EIN UMFELD SOLL ENTSTEHEN, IN DEM SICH UNTERNEHMER UND UNTERNEHMEN IN FAMILIENBESITZ ENTFALTEN KÖNNEN UND **IN DEM SICH UNTERNEHMERISCHE INITIATIVE LOHNT**.
- II** RECHTSCHAFFENE UNTERNEHMER, DIE INSOLVENT GEWORDEN SIND, SOLLEN RASCH EINE **ZWEITE CHANCE** BEKOMMEN.
- III** REGELUNGEN SOLLTEN NACH DEM PRINZIP **‘VORFAHRT FÜR KMU’** GESTALTET WERDEN.
- IV** ÖFFENTLICHE VERWALTUNGEN SOLLEN VERSTÄRKT **AUF DIE BEDÜRFNISSE DER KMU EINGEHEN**.
- V** POLITISCHE INSTRUMENTE SOLLEN KMU-GERECHT GESTALTET WERDEN, SO DASS DIE KMU LEICHTER AN **ÖFFENTLICHEN AUSSCHREIBUNGEN** TEILNEHMEN UND **STAATLICHE BEIHILFEN** BESSER NUTZEN KÖNNEN.
- VI** FÜR DIE KMU SOLL DER **ZUGANG ZU FINANZIERUNGEN ERLEICHTERT** UND EIN RECHTLICHES UND WIRTSCHAFTLICHES UMFELD FÜR **MEHR ZAHLUNGSDISZIPLIN IM GESCHÄFTSLEBEN** GESCHAFFEN WERDEN.
- VII** DIE KMU SOLLEN DABEI UNTERSTÜTZT WERDEN, STÄRKER VON DEN **MÖGLICHKEITEN DES BINNENMARKTS ZU PROFITIEREN**.
- VIII** WEITERQUALIFIZIERUNG UND ALLE FORMEN VON INNOVATION SOLLEN AUF DER EBENE DER KMU **GEFÖRDERT WERDEN**.
- IX** DIE KMU SOLLEN IN DIE LAGE VERSETZT WERDEN, **UMWELTPROBLEME IN GESCHÄFTSCHANCEN** UMZUWANDELN.
- X** DIE KMU SOLLEN ERMUTIGT WERDEN, VOM WACHSTUM DER MÄRKTE ZU PROFITIEREN UND DAFÜR **ENTSPRECHENDE UNTERSTÜTZUNG ERHALTEN**.

Small Business Act – Grundsatz I

- I** EIN UMFELD SOLL ENTSTEHEN, IN DEM SICH UNTERNEHMER UND UNTERNEHMEN IN FAMILIENBESITZ ENTFALTEN KÖNNEN UND **IN DEM SICH UNTERNEHMERISCHE INITIATIVE LOHNT**.

Industriepolitik im Zeitalter der Globalisierung



Bestrebungen in Richtung einer staatlichen Steuerung der europäischen Industrie



Industrie durch die richtigen Rahmenbedingungen für effiziente Märkte und Wettbewerb fördern

Die EU erarbeitet eine neue Industriestrategie, die den Titel 'Industriepolitik im Zeitalter der Globalisierung' trägt. Die FDP im EP begleitet dieses Vorhaben im Parlament in mehreren Ausschüssen und fordert die Kommission auf, die Umsetzung des 'Small Business Act' mit konkreten Maßnahmen zu forcieren. Kernforderung der FDP ist der sogenannte 'Wettbewerbsfähigkeitstest', der sicherstellen soll, dass die Auswirkungen neuer EU-Gesetze auf das wirtschaftliche Potential Europas in den Folgeabschätzungen der Kommission ein größeres Gewicht erhalten.

Haushaltskontrolle



Ineffiziente und verschwenderische Mittelausgabe



Politische Kontrolle für eine effizientere Mittelverwendung steigern

Die Frage, wie Europa mit dem hart verdienten Geld der Steuerzahler wirtschaftet, ist für die Akzeptanz des europäischen Einigungsprojekts zentral. Der deutsche Anteil am EU-Haushalt 2010 von 24,5 Milliarden Euro entspricht 20 Prozent. Deutschland profitiert aber im Gegenzug auch erheblich; unter dem Strich schrumpfte der deutsche Nettobeitrag auf 8,8 Milliarden Euro. FDP-Leitlinie bei der Haushaltskontrolle ist die Frage, wie der 'gordische Knoten' zwischen ineffizienter und verschwenderischer Mittelausgabe und der bislang ungenügenden politischen Kontrolle durchschlagen werden kann. In welchen Bereichen es messbare Erfolge bei der Haushaltsführung gegeben hat und was anderswo solche Erfolge verhindert hat, muss klar herausgearbeitet werden, um diese Probleme künftig zu verhindern. So werden Steuererhöhungen verhindert und das nützt nicht zuletzt dem Mittelstand.

Rohstoffversorgung



Rohstoffknappheit, Marktmacht großer Bergbaukonzerne, starke Preisschwankungen



Durch internationale Abkommen und effizientes Recycling Versorgungssicherheit schaffen

Die sichere Versorgung mit Nicht-Energie-Rohstoffen ist Voraussetzung für Innovation, Wachstum und Beschäftigung in Europa. Dies gilt gerade für Zukunftstechnologien. Derzeit steht die verarbeitende Industrie in Europa vor drei Herausforderungen: 1) Der Zugang zu Rohstoffen wird verknappt oder mit hohen Exportzöllen belegt. 2) Über Fusionen entstehen große Bergbaukonzerne mit großer Marktmacht oder im schlimmsten Fall mit monopolartigen Strukturen. 3) Spekulationsgeschäfte an den Börsen führen zu starken Schwankungen der Rohstoffpreise. Daraus folgen Handelsverzerrungen, die besonders kleinen und mittleren Unternehmen schaden. Bestehende Beschränkungen und Risiken bei der Rohstoffversorgung sind die Achillesferse für Wirtschaft und Beschäftigung. Deshalb drängen die Liberalen im EP stets darauf, Versorgungssicherheit mit Rohstoffen zu einem zentralen Handlungsfeld zu machen.

Industrieemissionen



Anhebung aufwendiger Genehmigungspflichten



Kleinere Unternehmen vor zusätzlicher Bürokratie schützen

Im Sommer 2010 sind die Verhandlungen zwischen Rat und Parlament über die Richtlinie zur integrierten Verhinderung und Vermeidung der Umweltverschmutzung, kurz Industrieemissionsrichtlinie, erfolgreich abgeschlossen worden. Von diesem Vorgang sind 52.000 Industrieanlagen in Europa betroffen, die einen großen Anteil der Schadstoffemissionen in Europa auf sich vereinen. Erfolge für den Mittelstand sind hier nicht zuletzt aufgrund des Einsatzes der FDP im EP zu verzeichnen: So sind erst Anlagen ab 50 MW Ausgangsleistung genehmigungspflichtig, obwohl die Kommission ursprünglich eine Genehmigungspflicht bereits ab 20 MW Ausgangsleistung anstrebte. Für Landwirtschaftsbetriebe ist, anders als im Kommissionsvorschlag, das Ausbringen von Gülle nicht genehmigungspflichtig. Anlagen zur Aufzucht von Geflügel sind erst ab einer Anzahl von 40.000 Geflügelplätzen pro Jahr genehmigungspflichtig; diese Schwelle wollte die Kommission absenken.

Emissionen von leichten Nutzfahrzeugen



Unverhältnismäßig geringe Schadstoffgrenzen zu Lasten von Unternehmen



Wirtschaftlich vertretbare Schadstoffgrenzen durchsetzen

Es wurde in der Diskussion zur CO₂-Reduktion bei leichten Nutzfahrzeugen in Erwägung gezogen, verpflichtend elektronische Geschwindigkeitsbegrenzer europaweit einzuführen, welche die Geschwindigkeit auf maximal 100 bzw. 120 Kilometer pro Stunde begrenzen sollen. Viele Unternehmen sind jedoch auf flexible, schnelle und zuverlässige Lieferzeiten angewiesen. Die deutschen Liberalen im Europäischen Parlament haben sich aber erfolgreich gegen eine verpflichtende Einführung von Geschwindigkeitsbegrenzern eingesetzt.

Außerdem hatte die Europäische Kommission vorgeschlagen, den durchschnittlichen CO₂-Ausstoß auf 135 Gramm pro Kilometer zu verringern (derzeit ca. 200 Gramm pro Kilometer). Es ist den Liberalen aber gelungen, diese Forderung auf 140 Gramm pro Kilometer anzuheben. Eine Einigung mit dem Rat zwischen 145 und 150 ist letztendlich zu erwarten. Zu ambitionierte Ziele beim CO₂-Ausstoß sorgen dafür, dass die Produktionskosten für leichte Nutzfahrzeuge stark steigen. Dies hätte für viele kleine Unternehmen eine große finanzielle Belastung zur Folge, da Produktionskosten sich natürlich im Kaufpreis widerspiegeln.

Fischerei: Stärkung der heimischen Aquakulturbetriebe



Ungleicher Wettbewerb mit Produzenten aus Drittländern



Angleichung der Vorschriften für ausländische Wettbewerber bewirken

Der Fischereiausschuss möchte auf EU-Ebene einen einheitlichen Rechtsrahmen für die Aquakultur auf der Basis einer Kommissionsmitteilung schaffen. Ziel ist eine nachhaltige und umweltfreundliche Aquakultur in der EU mit einem wirtschaftlichen Mehrwert für die betroffenen Wirtschaftsteilnehmer und Gemeinden sowie bessere Garantien für die Verbraucher. Die FDP hat sich insbesondere dafür eingesetzt, dass von Wettbewerbern im Ausland ähnlich hohe Qualitäts-, Umwelt- und Sozialstandards gefordert werden sollten wie von Betrieben innerhalb des europäischen Binnenmarkts, sowie dass Verbraucher über die dort herrschenden Produktionsbedingungen besser informiert werden.

In Europa gibt es 16.500 sogenannte Aquakulturbetriebe mit einem Gesamtjahresumsatz von über 3,5 Milliarden Euro. Davon hängen direkt und indirekt 64.000 Arbeitsplätze ab. Im Zeitraum von 2002-2008 stagnierte die Aquakulturproduktion in der EU, während weltweit sehr hohe Wachstumsraten verzeichnet wurden. Die EU-Binnenmarktnachfrage wird also zu zwei Drittel aus Drittländern gedeckt.

Förderung des Zugangs Jugendlicher zum Arbeitsmarkt



Bedrohung des Praktikumsangebots durch ein pauschales Verbot unbezahlter Praktika



Unbezahlte Praktika erst nach sechs Monaten verbieten

Immer häufiger steigen junge Menschen über ein Praktikum in den Beruf ein. Dabei muss vermieden werden, dass junge Menschen monatelang in unsicheren Arbeitsverhältnissen und in Hoffnung auf einen festen Job unbezahlte Arbeit leisten. Die Forderung der Mehrheit des Parlaments, unbezahlte Praktika ganz zu verbieten, ist aus Sicht der FDP im EP allerdings überzogen. Gerade KMU können es sich nicht immer leisten, ein Praktikantengehalt zu zahlen. Bei jedem Praktikum, welches länger als sechs Monate läuft, kann der Arbeitgeber allerdings nach unserer Meinung auf Arbeitsleistung bauen. Ab einer Praktikumsdauer von mehr als sechs Monaten, aber auch erst dann, sollte demzufolge eine Pflicht zur Entlohnung bestehen.

Mutterschutzrichtlinie



Hohe Zusatzkosten für Arbeitgeber



Flexibilität für KMU ermöglichen

Die von der Kommission vorgeschlagene Verlängerung des Mutterschutzes löste bei einer adäquaten Bezahlung eine kontroverse Debatte aus. Im Falle der Umsetzung des Kommissionsvorschlags würden private und öffentliche Arbeitgeber sowie öffentliche Haushalte in hohem Maße belastet. Aufgrund der oft nicht vergleichbaren Verhältnisse von KMU einerseits und großen Unternehmen andererseits müssen KMU mehr Freiräume hinsichtlich der Vorgaben beim Mutterschutz offen stehen. Durch einen Dialog zwischen Arbeitnehmerin und Arbeitgeber kann die Flexibilität für beide Seiten zum Vorteil werden. Hierfür setzt sich die FDP im EP in der laufenden Legislaturperiode engagiert ein.

Lenk- und Ruhezeiten für Handwerker



Unzureichende Ausnahmeregelung für Handwerker



Ausnahmen an praktische Erfordernisse anpassen

In Fahrzeugen über 3,5 Tonnen müssen die Lenk- und Ruhezeiten durch Fahrtenschreiber aufgezeichnet werden. Ausgenommen von der Aufzeichnungspflicht sind Fahrzeuge, die lediglich in einem Umkreis von 50 Kilometern um den Standort des Fahrzeugs zur Beförderung von Material verwendet werden, die der Fahrer in Ausübung seines Berufs benötigt. Voraussetzung ist allerdings, dass das Führen des Fahrzeugs für den Fahrer nicht die Haupttätigkeit darstellt. Die Pflicht zur Aufzeichnung der Lenk- und Ruhezeiten besteht außerhalb des 50-km-Radius in jedem Fall, auch bei einmaligen Fahrten. In der Praxis hat sich allerdings gezeigt, dass Handwerker oft einen weiteren Radius abdecken. Daher setzt sich die FDP im EP dafür ein, den Umkreis auf 150 Kilometer zu erweitern.

Bei den Diskussionen zur Regelung der Arbeitszeit von Kraftfahrern im Sommer 2010 konnten wir leider nicht erreichen, dass selbstständige Fahrer von den Vorschriften ausgenommen werden. In diesem Zusammenhang hatten wir uns gemeinsam mit der 'European Small Business Alliance' an die Kommission gewandt.

Passagierrechte in der Schifffahrt und im Busverkehr



Gesteigerte Kosten für
Verkehrsunternehmen durch erhöhten
Verbraucherschutz



Ausnahmeregelungen für
mittelständische Unternehmen
durchsetzen

Im Sommer 2010 wurden EU-weit einheitliche Fahrgastrechte für Schiffspassagiere beschlossen. Dabei geht es um Informationspflichten gegenüber den Passagieren, Hilfeleistungen und Entschädigungszahlungen bei Verspätung/Ausfall von Schiffen sowie um besondere Hilfeleistungen und Rechte für Fahrgäste mit eingeschränkter Mobilität. Hier hat die FDP im EP darauf geachtet, dass kleine und mittelständische Betreiber nicht über Gebühr durch die neuen Fahrgastrechte und die damit verbundenen Kosten belastet werden. Daher gibt es in dem Gesetz eine Reihe von Ausnahmen, zum Beispiel für Schiffe, die für maximal zwölf Personen zugelassen sind, Schiffe mit höchstens drei Personen Besatzung und historische Schiffe.

Ähnlich verhält sich mit den Fahrgastrechten im Busverkehr. Bei Busunternehmen handelt es sich hauptsächlich um kleine und mittelständische Unternehmen. Daher kann man hier nicht die gleichen Maßstäbe wie bei den Passagierrechten im Flug- und Bahnverkehr anlegen, was Entschädigungszahlungen und Hilfeleistungen für Passagiere betrifft. Die FDP hat in den Verhandlungen dafür gekämpft, dass Busunternehmen nicht durch überzogene Fahrgastrechte finanziell überfordert oder gar in ihrer Existenz gefährdet werden.

Datenschutz



Überlastung von Unternehmen durch
informationstechnische Vorschriften



Technische Vorschriften auf das
Nötigste reduzieren

Generell sieht sich die FDP einem pragmatischen Weg in der Datenschutzpolitik verpflichtet. Einerseits ist es wichtig, Daten zu schützen und zu garantieren, dass persönliche Daten nicht missbraucht werden. Zum anderen sollen auch gerade KMU nicht mit zu umfangreichen Anforderungen an ihren informationstechnischen Aufwand belastet werden. In der Diskussion über die Vorratsdatenspeicherung hat sich die FDP im EP dafür eingesetzt, dass möglichst wenige Telekommunikationsdaten auf Vorrat gespeichert werden. Dies kam auch den KMU in Europa und Deutschland zugute, welche anderenfalls höhere Investitionen hätten tätigen müssen, um den technischen Anforderungen gerecht zu werden.

Small Business Act – Grundsätze III, IV

- III REGELUNGEN SOLLTEN NACH DEM PRINZIP **‘VORFAHRT FÜR KMU’** GESTALTET WERDEN.
- IV ÖFFENTLICHE VERWALTUNGEN SOLLEN VERSTÄRKT **AUF DIE BEDÜRFNISSE DER KMU EINGEHEN.**

Lebensmittelkennzeichnung



Teure und schwer umsetzbare Vorschriften zur Kennzeichnung von Lebensmitteln



Übertriebene Kennzeichnungspflichten verhindern

Die EU unternimmt Anstrengungen, eine einheitliche Lebensmittelkennzeichnung einzuführen, damit der Handel mit Lebensmitteln im Binnenmarkt unter gemeinsamen Regeln stattfinden kann und für den Verbraucher Transparenz hergestellt wird. Von übertriebenen Kennzeichnungspflichten profitieren jedoch allenfalls Großkonzerne. Schaden nehmen aber kleine und mittlere Unternehmen, für die komplexe neue Kennzeichnungspflichten sogar existenzbedrohend sein können. Die in ihrer Pauschalität nutzlos stigmatisierende und innovationsfeindliche ‘Lebensmittelampel’ konnte auch durch den Einsatz der FDP im EP verhindert werden.

Weiterhin problematisch ist die verpflichtende Herkunftskennzeichnung für Produkte. Sie stellt vor allem eine Vielzahl von verarbeitenden Betrieben aus dem Mittelstand, die Rohstoffe aus unterschiedlichen Regionen beziehen und zu einem Endprodukt verarbeiten, vor teure und technisch oft unlösbare Probleme. Herkunftskennzeichnung von Milchprodukten zum Beispiel ist in der Praxis nicht umsetzbar. Verbraucher werden durch willkürlich erzwungene Herkunftsangaben eher getäuscht und irritiert. Deshalb hat die FDP im EP bei den Diskussionen über Lebensmittelinformationen in den Jahren 2009 und 2010 eine ‘verpflichtende Herkunftskennzeichnung’ von Zutaten verarbeiteter Produkte strikt abgelehnt. Einer freiwilligen Herkunftskennzeichnung hätte die FDP im EP gerne zugestimmt. Diese hätte gerade für KMU und regional wirtschaftende Unternehmen einen Marketingvorteil erbracht, der aber durch die verpflichtende Kennzeichnung verloren geht.

Vereinfachung der Gemeinsamen Agrarpolitik



Bürokratische Auflagen für Landwirte und verarbeitende Betriebe



Unnötige Bürokratie für Landwirte und Verarbeiter abbauen

Im Rahmen der laufenden Debatte über die Zukunft der GAP nach 2013 setzt sich die FDP im EP für einen konsequenten Abbau von unnötigen bürokratischen Hürden für Landwirte und Verarbeiter ein. So hat die FDP im EP zum Beispiel den beratenden Charakter von Kontrollen von landwirtschaftlichen Betrieben hervorgehoben, und damit vorschnell verhängten Sanktionen eine Absage erteilt. Bei der derzeit geführten Debatte um die Zukunft der GAP nach 2013 setzen sich die FDP-Abgeordneten unter dem Motto ‘Wir brauchen Landwirte, keine Schreibwirte’ stets auf dafür ein, dass übermäßige Bürokratie für den Mittelstand vermieden wird.

Regionale Wirtschaftspolitik



Komplizierte Antragsverfahren für Mittel aus dem EU-Struktur- und Kohäsionsfonds



Antragsverfahren vereinfachen und regionale Informationsstellen schaffen

Wenn man an EU-Regionalpolitik denkt, vergisst man häufig, dass mit den Mitteln der EU-Struktur- und Kohäsionspolitik ganz praktische Wirtschaftsförderung für KMU betrieben wird. KMU sind beispielsweise die Hauptzielgruppe des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE); sie rufen 83 Prozent des Fördertopfes ab. Der Europäische Sozialfonds (ESF) fördert darüber hinaus Unternehmen, die sich den rasanten Entwicklungen auf dem Markt anpassen müssen.

Obwohl es also zahlreiche EU-Förderangebote gibt, gelingt die praktische Teilnahme an den EU-Programmen aufgrund komplizierter Antragsverfahren nur wenigen Unternehmen. Die FDP fordert daher eine Vereinfachung der Verfahrensweise. Darüber hinaus sollen regionale Informations-Anlaufstellen geschaffen werden, damit besonders in strukturschwachen Regionen Zuschüsse für Existenzgründungen, Infrastrukturprojekte oder Unternehmensnetzwerke zum Technologietransfer zielgenau vergeben werden können. Die FDP hat sich im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise dafür eingesetzt, dass den KMU durch die in den Regionalfonds angelegten Programme der Zugang zu Finanzhilfen besonders in der Krise erleichtert wird.

Sitzlandbesteuerung



Steuerliche Herausforderungen bei grenzüberschreitender Expansion von KMU im europäischen Binnenmarkt



Gegenseitige Anerkennung von Steuervorschriften fördern

Die Einführung einer so genannten Sitzlandbesteuerung zur Verringerung des Aufwands für KMU, die im Ausland tätig werden wollen, ist eine Forderung der FDP im EP. Dabei geht es nicht um eine Harmonisierung der nationalen Rechtsvorschriften, sondern um die freiwillige gegenseitige Anerkennung der Steuervorschriften. Unter anderem setzte sich die FDP im EP für eine Pilotregelung zur Besteuerung kleiner und mittelständischer Unternehmen nach den Regeln des Sitzstaates ein. Die Sitzlandbesteuerung ist ein vielversprechender Ansatz zur Beseitigung der steuerlichen Probleme, die den KMU die grenzüberschreitende Expansion im europäischen Binnenmarkt erschweren und damit auch den Bürgerinnen und Bürgern Effizienzvorteile des Binnenmarktes vorenthalten.

Vereinfachte Formalitäten



Komplizierte Regeln für KMU in Gesellschaftsrecht, Rechnungslegung und Wirtschaftsprüfung



Anforderungen für KMU vereinfachen

In einer Entschließung aus dem Jahr 2008 hat das Parlament mit Unterstützung der FDP im EP ein vereinfachtes Umfeld vor allem für KMU im Bereich Gesellschaftsrecht, Rechnungslegung und Wirtschaftsprüfung gefordert. Diese Forderung ist eine der Grundlagen für die Europäische Kommission, um ihre zukünftige KMU-Politik in die laufende Gesetzgebung einfließen zu lassen.

Europäische Privatgesellschaft



Schwierige Betriebsgründung im europäischen Ausland durch unterschiedliche Vorschriften



Niederlassung und Tätigkeit von KMU im Binnenmarkt durch einheitliche Rechtsform vereinfachen

Das Statut der Europäischen Privatgesellschaft (EPG) ist Bestandteil des 'Small Business Act'. Mit der Initiative soll eine neue europäische Rechtsform geschaffen werden, die die Wettbewerbsfähigkeit der KMU durch Erleichterung ihrer Niederlassung und Tätigkeit im Binnenmarkt erhöhen soll. Nach einer Aufforderung des Europäischen Parlaments hatte die Kommission einen entsprechenden Vorschlag vorgelegt. Der Vorschlag für ein Statut der EPG ist auf die spezifischen Bedürfnisse von KMU zugeschnitten. Das Statut gestattet den Unternehmern, in allen Mitgliedstaaten gemäß dem gleichen einfachen und flexiblen Gesellschaftsrecht eine EPG zu gründen. Der Vorschlag zielt auf eine Senkung der Kosten für die Einhaltung von Vorschriften für die Gründung und den Betrieb von Unternehmen ab, die sich aus den Unterschieden zwischen den nationalen Vorschriften ergeben.

Internationale Rechnungslegungsstandards | IFRS



Belastung durch aufwändige Rechnungslegungsstandards



Wahlrecht und spezielle Standards für KMU bei Rechnungslegung gewähren

Seit Januar 2005 sind kapitalmarktorientierte Unternehmen aus der EU verpflichtet, sich bei der Aufstellung ihrer Unternehmensabschlüsse an die international üblichen Rechnungslegungsstandards zu halten. In der Legislaturperiode 2004–2009 konnte sich die FDP im EP bei den Vorschlägen zu Rechnungslegungsstandards erfolgreich für ein Wahlrecht und spezielle Standards für KMU einsetzen. So wird nun den Unternehmen weit mehr Spielraum geboten, Rechnungslegungsstandards angepasst auf ihre jeweiligen Größenverhältnisse zu verwenden.

Jahresabschlüsse



Bürokratie durch verpflichtenden Jahresabschluss



Anforderungen für Jahresabschlüsse vereinfachen

Die Kommission hat im Frühjahr 2010 einen Vorschlag zur Überarbeitung des Gesetzes zu Jahresabschlüssen von Gesellschaften vorgelegt. Das ursprüngliche Gesetz von 1978 hatte den Mitgliedstaaten vorgeschrieben, unabhängig von der Unternehmensgröße stets einen Jahresabschluss zu fordern. Nach dem neuen Vorschlag sollte die Entscheidung hierzu den Mitgliedstaaten überlassen werden. Sinnvoll wäre diese Regelung auch deshalb, weil nur bis zu sieben Prozent der Kleinstunternehmen überhaupt grenzüberschreitend tätig sind. Das Thema soll also auf Ebene der Mitgliedsstaaten geregelt werden. Gegen großen politischen Widerstand, insbesondere aus den südlichen Mitgliedsstaaten, sprach sich im Plenum eine Mehrheit mit der Unterstützung der FDP im EP für die möglichen Vereinfachungen aus.

Rechnungsstellungsvorschriften



Komplizierte
Rechnungsstellungsvorschriften



Vorschriften zur Rechnungsstellung
vereinfachen und harmonisieren

Die FDP im EP unterstützte den letztlich erfolgreichen Vorschlag, die europäischen Vorschriften zur Rechnungsstellung zu vereinfachen und zu harmonisieren, um insbesondere kleinen und mittelständischen Unternehmen den grenzüberschreitenden Geschäftsverkehr im Binnenmarkt zu erleichtern. Ein allgemeiner Vorteil für die Unternehmen wird es zudem sein, dass elektronische Rechnungen zukünftig Papierrechnungen gleichgestellt sind. Des Weiteren wird zur Unterstützung kleinerer Unternehmen auch die Form der Rechnungsstellung weiter vereinfacht. „Die zurzeit gültigen Vorschriften zur Rechnungsstellung führen zu unnötigem Verwaltungsaufwand und haben sich in der Praxis überwiegend nicht bewährt. Unnötiger Verwaltungsaufwand der Unternehmen ist kostenträchtig und wirkt wachstums- und innovationshemmend. Die vorgeschlagenen Maßnahmen werden vor allem einen Beitrag zur Erleichterung des Geschäftsverkehrs für kleine und mittlere Unternehmen leisten“, stellt der Rechtsausschuss in seiner FDP-geführten Stellungnahme fest.

REACH



Zusätzliche Standards und
Bürokratie bei Registrierung und
Zulassung chemischer Stoffe



Eine Beratungsstelle für KMU bei der
Europäischen Chemikalienagentur
einrichten, Vorschriften vereinfachen

Die EU-Chemikalienverordnung 'REACH' steht für Registrierung, Bewertung und Zulassung chemischer Stoffe. Ziel dieser Verordnung ist es, den Flickenteppich aus über 40 verschiedenen Richtlinien und Verordnungen in einem Gesetzeswerk zusammenzufassen und dadurch ein hohes Schutzniveau für die menschliche Gesundheit und die Umwelt sowie ein effektives Funktionieren des Binnenmarkts bei gleichzeitigem Erhalt einer wettbewerbsfähigen chemischen Industrie in der EU zu erreichen. Die FDP im EP hat den Gesetzesvorschlag für KMU vereinfacht. Zum Beispiel konnte sie eine Beratungsstelle für KMU bei der Europäischen Chemikalienagentur durchsetzen. Dennoch bleibt die Umsetzung der Vorgaben für Unternehmen sehr aufwendig. Die FDP setzt sich im Rahmen der laufenden Überarbeitung von REACH für weitere Vereinfachungen ein.

Small Business Act – Grundsätze V, VII, VIII

- V** POLITISCHE INSTRUMENTE SOLLEN KMU-GERECHT GESTALTET WERDEN, SO DASS DIE KMU LEICHTER AN **ÖFFENTLICHEN AUSSCHREIBUNGEN** TEILNEHMEN UND **STAATLICHE BEIHILFEN** BESSER NUTZEN KÖNNEN.
- VII** DIE KMU SOLLEN DABEI UNTERSTÜTZT WERDEN, STÄRKER VON DEN **MÖGLICHKEITEN DES BINNENMARKTS ZU PROFITIEREN**.
- VIII** WEITERQUALIFIZIERUNG UND ALLE FORMEN VON INNOVATION SOLLEN AUF DER EBENE DER KMU **GEFÖRDERT WERDEN**.

Europäisches Unternehmensnetzwerk



Unzureichende Kenntnisse vieler KMU über den Binnenmarkt



Aktivitäten von KMU im Binnenmarkt gezielt fördern und unterstützen

Um die grenzüberschreitende Aktivität von KMU zu unterstützen, hat die Europäische Kommission das Enterprise Europe Network (EEN) geschaffen. Das Netzwerk verfügt über 550 Partner aus ganz Europa und setzt die erfolgreiche Arbeit der Euro-Info-Zentren und Innovation-Relais-Zentren fort. Sein Schwerpunkt auf Beratung rund um Europa bleibt erhalten. Informationen zum Binnenmarkt, grenzüberschreitende Kooperationen, Forschungsförderung sowie das Feedback an die EU sind die Themen des Netzwerks, mit denen die Unternehmen europafähiger gemacht werden sollen. Mit diesen Angeboten und Maßnahmen soll das nötige 'Know-how' vermittelt werden. Die FDP im EP sieht im EEN eine Möglichkeit, Unternehmen die Vorteile grenzüberschreitender Aktivitäten bewusst zu machen. Ziel der FDP im EP ist es außerdem, den Bekanntheitsgrad des EEN zu erhöhen und dazu beizutragen, dass es für KMU noch attraktiver wird, in anderen Mitgliedsstaaten aktiv zu werden.

Freizügigkeit für junge Unternehmer



Begrenzte Mobilität junger Unternehmer im Binnenmarkt



Finanzielle Unterstützung und Beratung für mobile Unternehmer fördern

Die Liberalen stehen hinter dem Programm 'Erasmus für junge Unternehmer'. Die grenzüberschreitende Entwicklung von Geschäfts- und Innovationsideen ist von zentraler Bedeutung für KMU, die häufig in nur einem Land tätig sind. Die von der Kommission geforderten Sparmaßnahmen unterstützen wir nicht. Vielmehr sollten die Investitionen in Erasmusprogramme beträchtlich aufgestockt werden, um die Anzahl der Teilnehmer zu steigern. Das Erasmusprogramm für junge Unternehmer ermöglicht seit 2009 jungen Unternehmern, wertvolle Erfahrungen in einem erfolgreichen Unternehmen im europäischen Ausland zu sammeln.

Um jungen Menschen mehr Beschäftigungsmöglichkeiten zu geben und die EU-weite Vermittlung von Arbeitsplätzen zu erleichtern, unterstützen die Liberalen außerdem die europäische Arbeitsvermittlung EURES. In diesem Zusammenhang forderte die FDP erfolgreich, weitere finanzielle Mittel im Haushalt 2011 an KMU zur Verfügung zu stellen, damit diese ermutigt werden, mehr junge Menschen einzustellen.

Öffentliches Auftragswesen



Mangelnder Zugang mittelständischer Unternehmen zu öffentlichen Ausschreibungen



Öffentliche Ausschreibungen vereinfachen und Zugang zu Drittstaatsmärkten verbessern

Das Europäische Parlament spricht sich in einer Entschließung aus dem Jahr 2011, nicht zuletzt durch Drängen der Liberalen, eindeutig für die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen in der öffentlichen Auftragsvergabe aus, indem öffentliche Ausschreibungen einfacher und transparenter gestaltet werden. In diesem Zusammenhang fordern die Liberalen die Kommission auch auf, „wirkungsvolle Maßnahmen zu treffen, damit EU-Unternehmen tatsächlich Zugang zu Drittstaatsmärkten erhalten“.

Geistiges Eigentum und EU-Patent



Unzureichender Schutz der Rechte geistigen Eigentums und hohe Patentkosten



Rechtsberatung für KMU verbessern und EU-Patent einführen

Die FDP im EP hat die Kommission aufgefordert, bei der Bekämpfung von Verletzungen der Rechte des geistigen Eigentums die speziellen Probleme und Bedürfnisse von KMU zu ermitteln und KMU zu befähigen, sich sowohl in der EU als auch in Drittländern selbst besser zu schützen. Zu diesem Zweck haben die deutschen Liberalen gefordert, ein einheitliches EU-Patent einzuführen, wodurch hohe Kosten und das stete Risiko von Patentverletzungsklagen für die KMU verringert und Anreize für Innovationen geschaffen werden sollen. Ein entsprechendes Gesetzgebungsverfahren wurde von der Kommission im Dezember 2009 eingeleitet. Da der Rat zu diesem Thema keine Einigung erzielen konnte, haben sich zehn Mitgliedsstaaten, darunter auch Deutschland, im Dezember 2010 entschlossen, im Rahmen einer verstärkten Zusammenarbeit ohne einheitlichen Ratsbeschluss das EU-Patent einzuführen. Obwohl die FDP im EP ein einheitliches Patent für alle EU-Staaten bevorzugt hätte, ist dies ein Fortschritt gerade für kleine und mittlere Unternehmen.

Liberalisierung des Ersatzteilmarktes



Monopol großer Automobilhersteller



Kleinere Zulieferer durch die Liberalisierung des Sekundärmarkts für sichtbare Autoersatzteile fördern

Seit 2004 arbeitet die FDP im EP intensiv an einer Liberalisierung des Sekundärmarktes für sichtbare Autoersatzteile, damit vor allem kleine und mittelständische, unabhängige Zulieferbetriebe gegen das Monopol der großen Automobilhersteller konkurrieren können. Die KMU werden durch neue Marktmöglichkeiten von der Liberalisierung profitieren, was sich positiv auf die Beschäftigung in der EU auswirken dürfte. Bisher wird die Geschmacksmusterschutz-/Designschutzrichtlinie immer noch im Rat, vor allem von Deutschland, blockiert.

Harmonisierung der Verbraucherrechte



Fragmentierter Binnenmarkt aufgrund von 'Flickenteppich' nationaler Regelungen



Durch Harmonisierung der Verbraucherrechte Rechtssicherheit herstellen und Bürokratie abbauen

Die geplante Harmonisierung der Verbraucherrechte soll den grenzüberschreitenden Vertrieb von Gütern und Dienstleistungen im Fernabsatz und außerhalb von geschlossenen Geschäftsräumen erleichtern. Davon profitieren Verbraucher wie Unternehmen, da für alle Beteiligten überall gleiche Rechte gelten werden und somit Rechtssicherheit hergestellt wird. Dabei verfolgt die FDP im EP das Ziel, unnötige Verwaltungslasten und Informationspflichten abzubauen und zu vermeiden. Zur zusätzlichen Vereinfachung fordert die FDP im EP die Schaffung eines einheitlichen Musterformulars für Informationspflichten und Erklärungen zum Widerrufsrecht, was wiederum die Rechtssicherheit erhöht. Die bewährten deutschen Regelungen zur Gewährleistung über zwei Jahre sollen beibehalten werden. In der mit den liberalen Änderungsvorschlägen verbesserten Fassung erfüllt das neue Gesetz auch die Forderungen der Verbände der deutschen Wirtschaft, welche darin übereinstimmen, dass eine Harmonisierung der Verbraucherrechte notwendig ist, diese aber nicht eine erhöhte Bürokratiebelastung für KMU nach sich ziehen darf. Das Europäische Parlament soll im Frühjahr 2011 in erster Lesung über die neue Richtlinie abstimmen.

Dienstleistungsrichtlinie



Bürokratische Hürden für grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr



Dienstleistungsverkehr im Binnenmarkt durch vereinfachte Vorschriften und kompetente Beratung stimulieren

Die Liberalisierung des Dienstleistungsverkehrs geht auf einen Vorschlag des früheren liberalen Binnenmarktkommissars Frits Bolkestein zurück. Ziel ist die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit Europas durch den Abbau unnötiger Bürokratie und die Vereinfachung der Verfahren in den Mitgliedstaaten. Für Dienstleistungserbringer wurde Rechtssicherheit bei der Erschließung neuer Märkte geschaffen, wobei versucht wurde, einen Ausgleich zwischen der Freisetzung neuer Dynamik einerseits und der Sicherung der sozioökonomischen Standards in den Mitgliedsstaaten andererseits zu erzielen. Die deutschen Liberalen setzten sich während der Verhandlungen in den Jahren 2005–2006 engagiert für eine Regelung ein, die insbesondere mittelständischen Dienstleistern die praktische Nutzung der Potenziale des Binnenmarktes ermöglicht. Nun gilt es, die schnelle und korrekte Umsetzung der Richtlinie in den Mitgliedstaaten sicherzustellen.

Roaming-Gebühren



Belastung grenzüberschreitend tätiger Unternehmen durch hohe Gebühren



Roaming-Gebühren für Handy-Telefonate im Ausland schon ab 2011 abschaffen

Die FDP im EP setzt sich für eine EU-weite Abschaffung der Roaming-Gebühren für Handy-Telefonate im Ausland schon ab 2011 ein. Sie hat deshalb in der Entschließung des EU-Parlaments zur Digitalen Agenda im Mai 2010 die Forderung an die EU-Kommission durchgesetzt, „dass sie bereits im Jahr 2011 die vollständige Abschaffung der Roaming-Gebühren in Erwägung zieht“.

Stärkung der Automobilbranche



Überzogener Umweltschutz,
fragmentierter Binnenmarkt für Tuning
und Ersatzteile



Umweltschutz und Interessen der
Automobilindustrie ausgleichen, einseitige
Marktblockaden lösen

In den Verhandlungen zur Entschließung des Parlaments über das Automobil der Zukunft (CARS21) im Jahr 2008 sorgte die FDP im EP dafür, dass überzogener Umweltschutz nicht die Interessen der deutschen Automobilindustrie schädigt. Von den großen Automobilherstellern hängen viele mittelständische Zulieferer ab. Ohne eine aktive Einflussnahme wäre die Ausgangsposition für deutsche Produkte insgesamt erheblich erschwert worden. Die FDP hat deshalb einen Grenzwert von maximal 125 Gramm CO₂ pro 100 Kilometern bis zum Jahr 2015 durchgesetzt. Mit dem Ergebnis können sowohl die Klimaschützer als auch die Innovatoren der Automobilindustrie zufrieden sein. Weitere Punkte von CARS 21 betreffen die Vollendung des Binnenmarktes für Tuning und Ersatzteile. Es ist nicht akzeptabel, dass deutsche Autotuninghersteller ihre Produkte in Italien nicht absetzen dürfen, weil es dort ein Tuningverbot gibt, italienische Hersteller umgekehrt aber sehr wohl in alle Länder der EU exportieren können.

Small Business Act – Grundsatz VI

VI FÜR DIE KMU SOLL DER **ZUGANG ZU FINANZIERUNGEN ERLEICHTERT** UND EIN RECHTLICHES UND WIRTSCHAFTLICHES UMFELD FÜR **MEHR ZAHLUNGSDISZIPLIN IM GESCHÄFTSLEBEN** GESCHAFFEN WERDEN.

Basel II und III



Hoher Kreditbedarf für KMU



Basel II und III überarbeiten

Bei den Diskussionen zur Einführung von Basel II, also einheitlichen Eigenkapitalvorschriften für Unternehmen, an denen die FDP im EP mittels Änderungsanträgen und aktiver Arbeit in den Verhandlungen teilnahm, und zur Überarbeitung dieser Vorschriften in Basel III hat sich die FDP im Europaparlament für eine Berücksichtigung des Kreditbedarfs für KMU eingesetzt. Des Weiteren engagiert sich die FDP im EP in diesem Zusammenhang für einen besseren Zugang zu einer kapitalmarktbasierten Finanzierung für KMU.

Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr



Liquiditätsengpässe durch Zahlungsverzug



Verbindliche Obergrenzen für Zahlungsziele festlegen, Beitreibung ausstehender Zahlungen erleichtern

Das Gesetz zur Bekämpfung von Zahlungsverzug schützt kleine und mittlere Unternehmen vor Zahlungsfristdiktaten durch mächtigere Auftraggeber und grob nachteiligen Vertragsklauseln und Praktiken. Die FDP hat hier insbesondere durchgesetzt, dass die Entschädigung für Beitreibungskosten erleichtert wird, indem eine Pauschale von mindestens 40 Euro für anfallende Verwaltungskosten festgelegt wurde. Auf Bemühen der FDP im EP hin wurde darüber hinaus die maximale Zahlungsfrist von 60 Tagen eingeführt, die für öffentliche Stellen ausnahmslos gilt und im Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen unter bestimmten Umständen überschritten werden kann. Außerdem wird dank dieses Gesetzes der gesetzliche Verzugszinssatz auf mindestens 8 Prozent über dem EZB-Basiszinssatz erhöht. Das Gesetz fördert so jenes Vertrauen, welches grenzüberschreitende Geschäftsbeziehungen im Binnenmarkt brauchen und verbessert die Liquidität mittelständischer Gläubiger.

Pilotprojekt zur rascheren Beitreibung ausstehender Forderungen



Rechtsunsicherheit bei grenzüberschreitenden Geschäften



KMU beim Forderungsmanagement unterstützen

Das Parlament hat im Rahmen des Haushalts für 2011 die Finanzierung eines EU-Pilotprojekts bewilligt, welches die rasche und effiziente Beitreibung ausstehender Forderungen von KMU in grenzüberschreitender Tätigkeit fördern soll. Gemeinsam mit anderen Europaabgeordneten hatten die Liberalen sich zuvor erfolgreich für die Bewilligung dieses Pilotprojekts eingesetzt. Insgesamt werden für das Pilotprojekt eine Million Euro von der EU bereitgestellt, um Informationszugang und Informationsverbreitung für das Forderungsmanagement der KMU zu verbessern. Im Rahmen dieses Pilotprojekts soll ein praxisnaher Leitfaden in die Thematik des Forderungsmanagements einführen und die existierenden Rechtsinstrumente für eine grenzüberschreitende Durchsetzung von Forderungen vorstellen. Das Projekt zielt darauf ab, empfundene Rechtsunsicherheiten abzubauen und KMU zu grenzüberschreitenden Geschäftstätigkeiten zu ermutigen.

Small Business Act – Grundsatz VIII

VIII WEITERQUALIFIZIERUNG UND ALLE FORMEN VON INNOVATION SOLLEN AUF DER EBENE DER KMU GEFÖRDERT WERDEN.

Innovationsfreundliche Haushaltspolitik



Unzureichende Rahmenbedingungen für die Umwandlung von Ideen zu Produkten



Haushaltsmittel für Innovationsförderung aufstocken

Eine zentrale Herausforderung für Europa ist das Thema Innovation. Hier geht es um das Umwandeln von Wissen in konkrete Produkte. Der Videorekorder, das moderne Faxgerät oder der MP3-Spieler sind Produkte, die in Deutschland erfunden wurden. Doch keines dieser Produkte ist in Deutschland zuerst in Produktion gegangen. Die FDP im EP hat dafür gesorgt, dass gegen massive Widerstände der Mitgliedstaaten doch 4,2 Milliarden Euro für ein Innovationsprogramm aufgebracht wurden. Ein weiterer Erfolg war die Einrichtung des Europäischen Instituts für Innovation und Technologie (EIT), auf die die FDP auf unzähligen Konferenzen gedrängt hatte. Dass die Mittel für diese Einrichtung aus dem Landwirtschaftshaushalt kommen, ist die Durchsetzung einer alten FDP-Position: EU-Gelder sollen die Zukunft und nicht die Vergangenheit gestalten.

Ferner setzt sich die FDP dafür ein, dass Gelder, die im Rahmen des Europäischen Globalisierungsfonds für Reintegrationsmaßnahmen in den Arbeitsmarkt ausgegeben werden, nicht aus EU-Programmen für KMU abgezogen werden.

Europäischen Forschungsrahmenprogramme



Hoher Verwaltungsaufwand für Fördergelder, drohende Kürzung der Finanzmittel



Bewerbung um Fördergelder vereinfachen und finanzielle Unterstützung aufrechterhalten

In einer globalisierten Welt wird Wissen immer mehr zum entscheidenden Rohstoff. Europa hat auch eine dynamische Forschungslandschaft, besonders Deutschland liegt bei der Anmeldung von Patenten immer noch weit vorne. Daher war es auch so wichtig, die Weichen für das weltgrößte Forschungsrahmenprogramm FRP 7 richtig zu stellen. Es läuft von 2007–2013 und ist mit einem Etat von 52 Milliarden Euro ausgestattet. Die FDP im EP hat sich dafür eingesetzt, den Verwaltungsaufwand bei der Bewilligung dieser Forschungsmittel zu reduzieren, damit auch kleine und mittelständische Unternehmen eine echte Chance bekommen den Fonds zu nutzen. Im Übrigen sieht ein aktueller Vorschlag des Europäischen Rats vor, die finanziellen Mittel des 7. Forschungsrahmenprogramms zu kürzen. Dies würde insbesondere zu Lasten von KMU gehen. Deshalb setzen die deutschen Liberalen sich dafür ein, Forschungstätigkeiten von KMU im FRP 7 und seinen Nachfolgeprogrammen wie geplant und ohne Abstriche weiter finanziell zu unterstützen.

Internet der Dinge



Mangelnde IKT-Kompetenzen mittelständischer Unternehmen



Zugang von KMU zu Informationstechnologien fördern und spezielle Bedürfnisse berücksichtigen

Die FDP im EP hat sich bei den Diskussionen um die Zukunft des Internets und des 'Internets der Dinge' für die Interessen der KMU stark gemacht. KMU sind die Hauptgaranten von Produktivität und Beschäftigung in Europa. Ihre Interessen sollten quer durch die verschiedenen Rechtsakte, die die EU erlässt, geschützt werden. Deswegen hat die FDP im EP die Kommission aufgefordert, den KMU und ihrem Zugang zu neuen Systemen und Anwendungen besondere Beachtung zu schenken, sowie KMU bei dem Aktionsplan für das Internet der Dinge ausreichend einzubeziehen. Zugleich hat die FDP im EP die Forderung gestellt, bei der Formulierung technischer Standards und Standards für das IKT-Management die finanziellen und infrastrukturbedingten Beschränkungen der KMU zu berücksichtigen.

Small Business Act – Grundsatz X



DIE KMU SOLLEN ERMUTIGT WERDEN, VOM WACHSTUM DER MÄRKTE ZU PROFITIEREN UND DAFÜR ENTSPRECHENDE UNTERSTÜTZUNG ERHALTEN.

EU-Freihandelsabkommen mit Südkorea



Befürchtungen der europäischen Industrie vor Asymmetrien



Absicherung durch Schutzklauseln schaffen und Bedürfnisse von KMU berücksichtigen

Die EU hat mit dem Abschluss der Verhandlungen zum Freihandelsabkommen mit Südkorea ihr bisher weitest reichendes Freihandelsabkommen mit einem Drittstaat vollzogen. Südkorea ist auf dem achten Platz unter den Ländern, in welche die EU exportiert, umgekehrt ist die EU für Südkorea zweitwichtigster Exportmarkt. Das Abkommen bewirkt einen stufenweisen Zollabbau, verbesserten Marktzugang, den Abbau von nicht-tarifären Handelshemmnissen, verbesserte Regelungen zum Schutz geistigen Eigentums, verbesserten Zugang zu den öffentlichen Beschaffungsmärkten, beidseitige Verpflichtung auf Arbeits- und Umweltstandards und enthält einen Streitbeilegungsmechanismus. Von den zusätzlichen Exportchancen nach Südkorea werden vor allem der deutsche Maschinenbau, der Bereich Elektro/Elektrotechnik, sowie die Chemie- und Pharmabranche profitieren, und damit auch die KMU der Zulieferindustrie dieser Branchen. Besonders im Automobilbereich ist mit Zuwächsen für die Zulieferindustrie zu rechnen, da die Zölle für Autoteile bis auf wenige Ausnahmen bereits bei Inkrafttreten des Abkommens vollständig abgebaut werden.

Neben vielen kleinen Anpassungen, die die FDP mit eingebracht hat, haben wir erreicht, dass mit der Schutzklausel sowohl das Europäische Parlament als auch die betroffene europäische Industrie das Recht besitzen, Untersuchungen anzustrengen und gegebenenfalls Schutzmaßnahmen einzusetzen. Durch einen funktionierenden Schutzmechanismus werden möglichen Asymmetrien oder Befürchtungen der produzierenden Industrie und von KMU Rechnung getragen. Auch bei den bevorstehenden EU-Freihandelsabkommen, beispielsweise mit Indien oder Mercosur, wird sich die FDP im Europäischen Parlament dafür einsetzen, dass bei der Marköffnung auf die besonderen Bedürfnisse von KMU geachtet wird, sei es durch die Absicherung von Schutzklauseln, die Kennzeichnung von Drittstaatenprodukten, die Respektierung europäischer Standards oder den symmetrischen Abbau von Zöllen und Handelshemmnissen.

Zukünftige Aufgaben für die Mittelstandspolitik der FDP im EP

Diese Broschüre illustriert, dass die liberalen Europaabgeordneten sich in ihrer gesetzgeberischen Tätigkeit stets für die Belange des Mittelstands einsetzen. Wir sind entschlossener denn je, dem Brüsseler Regulierungswahn entgegenzutreten und konsequent unsere erfolgreiche Mittelstandspolitik weiterzuführen. Ein Blick in die nahe Zukunft zeigt, dass die Kommission zahlreiche weitere Maßnahmen plant, die bedeutende Auswirkungen auf die Existenzen kleiner und mittlerer Unternehmen haben werden (siehe folgende Liste). Ziel muss dabei sein, pragmatische Regelungen zu erreichen, die kleinen und mittleren Unternehmen das Leben erleichtern und neue Möglichkeiten eröffnen, damit sie die Europäische Union und den Binnenmarkt nicht länger als Bedrohung, sondern als Chance begreifen.

Auswahl laufender und geplanter Initiativen der EU mit Bedeutung für den Mittelstand

- **Europäische Industriepolitik:** Umsetzung des Small Business Act vorantreiben, 'Wettbewerbsfähigkeitstest' für neue Gesetze und 'Fitness-Check' für bestehende Gesetzgebung
- **Überprüfung der Marktmissbrauchsrichtlinie:** einheitliches Regelwerk zur Bekämpfung von Marktmanipulation und Insider-Geschäften entwickeln, das den Verwaltungsaufwand für Unternehmen verringert
- **Reform des europäischen Normungssystems:** Zugang zu Normen und Teilnahme von KMU am Normungsprozess verbessern
- **Überarbeitung der Entsenderichtlinie und der Arbeitszeitrichtlinie:** unverhältnismäßige Belastungen für Arbeitgeber verhindern
- **Künftige MwSt-Strategie:** Durch Modernisierung und Vereinfachung des bestehenden Systems den Verwaltungsaufwand für Unternehmen verringern
- **Rechtsinstrument für europäisches Vertragsrecht:** Transaktionskosten verringern und Rechtssicherheit bei Unternehmen schaffen
- **Verordnung über die Beitreibung von grenzüberschreitenden Forderungen in einem anderen Mitgliedstaat:** mehr Rechtssicherheit und weniger Bürokratie für grenzüberschreitende Geschäfte schaffen
- **Vorschlag zur verstärkten Unterstützung von KMU in außereuropäischen Märkten:** zielgerechte Unterstützung für Marktzugang, Schutz geistigen Eigentums, Normungs- und Regulierungsfragen
- **Initiative zur Erschließung des Potenzials der Kultur- und Kreativwirtschaft:** der Kultur- und Kreativwirtschaft (besonders den KMU) den Zugang zu Fördermitteln erleichtern
- **Modernisierung der Vorschriften für das öffentliche Beschaffungswesen:** Zugang kleiner und mittlerer Unternehmen zum Binnenmarkt verbessern
- **Initiative für soziale Unternehmenskultur:** auf freiwilliges Engagement setzen und Dokumentationspflichten für Unternehmen vermeiden
- **Vorschlag der Kommission für eine gemeinsame konsolidierte Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage:** Steuervorschriften vereinfachen, die Kosten für deren Befolgung senken und zum Abbau steuerlicher Hindernisse für grenzüberschreitend tätige Unternehmen beitragen

- **Anpassung der Richtlinie über Eigenkapitalanforderungen an Basel III:** Sicherstellen, dass sich die strengeren Vorschriften nicht nachteilig auf den Zugang von KMU zu Krediten auswirken
- **Überprüfung der Rechnungslegungsrichtlinie:** Rechnungslegungsvorschriften für KMU vereinfachen und damit den Arbeitsaufwand erheblich verringern
- **Richtlinie über Transparenzverpflichtungen für börsennotierte Unternehmen:** die Anziehungskraft von 'geregelten Märkten' für kleinere börsennotierte Unternehmen, die Kapital benötigen, erhöhen
- **Überarbeitung der Beihilfenvorschriften für Dienste von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse:** Diskriminierung privatwirtschaftlich organisierter Dienste vermeiden

NÄCHSTE SCHRITTE DES LIBERALEN MITTELSTANDSDIALOGS

FEB – APR 2011

VERANSTALTUNGSREIHE 'LIBERALER MITTELSTANDSDIALOG'

ZIEL DER VERANSTALTUNGSREIHE IST, AUF GRUNDLAGE DIESES POSITIONSPAPIERS IM ZIELGERICHTETEN DIALOG MIT REGIONALEN VERTRETEREN DES MITTELSTANDS HERAUSZUARBEITEN, MIT WELCHEN KONKRETEN MASSNAHMEN DIE EU UND SPEZIELL DIE FDP IM EP DEN MITTELSTAND UNTERSTÜTZEN KANN, WIE SICH POLITIK UND WIRKLICHKEIT IN IHREN WAHRNEHMUNGEN UNTERSCHIEDEN UND IN WELCHEN PUNKTEN KONKRETER HANDLUNGSBEDARF BESTEHT, UM DEN MITTELSTAND DURCH DEN GEEIGNETEN POLITISCHEN RAHMEN ZU UNTERSTÜTZEN. DIE VERANSTALTUNGSREIHE WIRD MIT EINER 'RESOLUTION DER FDP IM EP FÜR DEN MITTELSTAND' ABGESCHLOSSEN WERDEN, DIE DIE ERGEBNISSE DER KONSULTATION UND DER GEFÜHRTEN DEBATTEN ZUSAMMENFASST.

MAI – JUN 2011

VORSTELLUNG DER RESOLUTION FÜR DEN MITTELSTAND IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT IN BRÜSSEL/STRASSBURG

DIE FDP IM EP WIRD DIE ERARBEITETE RESOLUTION IM EUROPAPARLAMENT VORSTELLEN UND DIE EUROPAABGEORDNETEN DAZU AUFRUFEN, DEN DARIN ENTHALTENEN ANLIEGEN DER KMU ERGEBNISORIENTIERT UND ZEITNAH RECHNUNG ZU TRAGEN.

Übersicht der Maßnahmen der FDP im EP

Referenz	Bezeichnung	Abstimmung im EP	In Kraft treten	Umsetzung in deutsches Recht
2008/0196 COD	Richtlinie über die Rechte der Verbraucher	Frühjahr 2011		
2010/0032 COD	Verordnung über ein Freihandelsabkommen der EU mit Südkorea	18.01.2011	01.07.2011	direkte Wirkung
2009/0054 COD	Richtlinie zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr	20.10.2010	im Rat	K.A.
2008/0193 COD	Mutterschutzrichtlinie	20.10.2010	im Rat	K.A.
2009/0173 COD	Verordnung zu Emissionsnormen für neue leichte Nutzfahrzeuge	12.10.2010	im Rat	direkte Wirkung
2007/0286 COD	Richtlinie zu Industrieemissionen	07.07.2010	im Rat	K.A.
2008/0237 COD	Verordnung über Fahrgastrechte im Omnibusverkehr	06.07.2010	im Rat	direkte Wirkung
2008/0246 COD	Verordnung über die Passagierrechte im See- und Binnenschiffsverkehr	06.07.2010	2010/11	direkte Wirkung
2008/0009 CNS	Richtlinie zu Rechnungsstellungsvorschriften	05.05.2010	11.08.2010	31.12.2012
2008/0028 COD	Verordnung zu Informationen über Lebensmittel für Verbraucher	29.01.2010	im Rat	direkte Wirkung
2009/49/EG	Bilanzierungsrichtlinie	18.06.2009	16.07.2009	vollzogen
2004/0203 COD	Geschmacksmusterschutz-/Designschutzrichtlinie	12.12.2007	im Rat	K.A.
1927/2006/EG	Verordnung zur Einrichtung des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung	20.12.2006	19.01.2007	direkte Wirkung
1907/2006/EG	Chemikalienverordnung REACH	18.12.2006	01.06.2007	direkte Wirkung
2006/123/EG	Dienstleistungsrichtlinie	12.12.2006	28.12.2006	vollzogen
1639/2006/EG	Beschluss zum Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation	24.10.2006	2007	direkte Wirkung
2006/24/EG	Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung	15.03.2006	15.06.2006	vollzogen
561/2006/EG	Lenk- und Ruhezeitverordnung	15.03.2006	11.04.2007	direkte Wirkung
2000/0177 CNS	Verordnung des Rates über das Gemeinschaftspatent	10.04.2002	im Rat	direkte Wirkung

LEGISLATIVE ENTSCHEIDUNGEN

2010/2095 INI	Entschließung über eine Industriepolitik im Zeitalter der Globalisierung	09.03.2011		
2010/2001 BUD	Haushalt 2011	15.12.2010		
2010/2074 INI	Entschließung zu Basel II	07.10.2010		
2009/2234 INI	Entschließung über den Beitrag der Regionalpolitik gegen die Wirtschaftskrise	06.07.2010		
2009/2221 INI	Entschließung über die Förderung des Zugangs Jugendlicher zum Arbeitsmarkt	06.07.2010		
2009/2107 INI	Entschließung über die nachhaltige Entwicklung der europäischen Aquakultur	17.06.2010		
2009/2243 INI	Entschließung zur Synergie von Forschung und Regionalpolitik	20.05.2010		
2009/2155 INI	Entschließung über die Vereinfachung der GAP	18.05.2010		
2009/2175 INI	Entschließung über neue Entwicklungen im öffentlichen Auftragswesen	18.05.2010		
2009/2225 INI	Entschließung über neue Digitale Agenda für Europa	05.05.2010		
2007/2254 INI	Entschließung des Parlaments zum vereinfachten Unternehmensumfeld	21.05.2008		
2006/2248 INI	Entschließung über die Internationalen Rechnungslegungsstandards (IFRS)	24.04.2008		
2007/2120 INI	CARS 21-Bericht	15.01.2008		
2006/2013 INI	Entschließung zum Statut der Europäischen Privatgesellschaft	01.02.2007		
2001/2248 COS	Entschließung des Parlamentes zu den Prioritäten der Steuerpolitik	14.03.2002		

NICHT LEGISLATIVE ENTSCHEIDUNGEN



© COPYRIGHT 2011
GRUPPE DER FDP IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

FDP EUROPABÜRO BERLIN | PLATZ DER REPUBLIK 1 | DE – 11011 BERLIN
TELEFON +49 30 22753351 | FAX +49 30 22756351
EUROPABUERO.FDP@BUNDESTAG.DE | WWW.FDP-IN-EUROPA.DE

LAYOUT & PRODUKTION
RAUM II WERBEAGENTUR | KÖRNERSTRASSE 56 | DE – 04107 LEIPZIG
TELEFON +49 341 30326760 | INFO@RAUM-ZWEI.COM | WWW.RAUM-ZWEI.COM

